

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Frühjahrsprognose 2017 der Kommission: Stetiges Wachstum in Sicht](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Ungarn: Abstimmung über Entschließung zur Lage der Grundrechte](#) 3
- [Online-Filme und -Fernsehen auch im Ausland schauen](#) 3
- [Straßenverkehrspaket: Förderung von Innovation, Senkung von CO2-Emissionen](#) 4
- [Forderung nach Stopp von Genmais](#) 4

Rat der Europäischen Union

- [Vorbereitung des Rates auf die Junitagung des Europäischen Rates](#) 5
- [Rat berät über die Prinzipien Verantwortlichkeit und Solidarität der Union](#) 5

Europäische Kommission

- [Der 21. Mai wird zum offiziellen europäischen Tag „Natura 2000“](#) 6
- [Digitaler Binnenmarkt: Kommission ruft zur Annahme der wichtigsten Vorschläge auf](#) 6

Sonstiges

- [Österreich und die europäische Integration – Wirtschaftliche Aspekte](#) 7
- [Eurobarometer: EU-Bürger wünschen mehr Maßnahmen der EU beim Thema Migration](#) 7
- [Europäischer Rechnungshof: Die Bekämpfung der EU-Jugendarbeitslosigkeit braucht einen ganzheitlichen Ansatz](#) 8

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 9

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 10

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 11

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 11

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Frühjahrsprognose 2017 der Kommission: Stetiges Wachstum in Sicht

Die wirtschaftliche Erholung in Europa geht in das fünfte Jahr und hat alle EU-Mitgliedstaaten erreicht. In diesem und im nächsten Jahr soll sich dieser Trend relativ konstant fortsetzen.



In der am 11. Mai 2017 vorgelegten Frühjahrsprognose geht die Europäische Kommission für 2017 und 2018 von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes im Euroraum aus. Für die EU wird in beiden Jahren mit einem stabilen BIP-Wachstum von 1,9 % gerechnet. Österreichs Wirtschaftswachstum dürfte 2017 und auch 2018 leicht zulegen. Positive Unternehmens- und Verbraucherindikatoren deuten darauf hin, dass die Nachfrage innerhalb des Binnenmarktes die Haupttriebfeder dafür bleibt. Die österreichischen Ausfuhren dürften in gleichem Maße wie der Welthandel kräftig anziehen, was sich wiederum positiv auf das BIP-Wachstum auswirkt. Die im vergangenen Jahr wegen der Einkommensteuerreform rückläufigen österreichischen Staatseinnahmen dürften sich bei expandierender Wirtschaft erholen.

Zur Vorstellung der diesjährigen Frühjahrsprognose sagte EU-Wirtschafts- und Finanzkommissar Pierre Moscovici: „Europa verzeichnet nun bereits im fünften Jahr in Folge Wachstum, unterstützt von der akkommodierenden Geldpolitik, starkem Vertrauen der Unternehmen und VerbraucherInnen sowie einer Verbesserung des Welthandels. Auch ist es erfreulich, dass die große Unsicherheit, die wir in den letzten zwölf Monaten erlebt haben, langsam zu schwinden scheint. Allerdings ziehen Beschäftigung und Investitionen im Euroraum nicht gleich stark an. In den kommenden Monaten und Jahren wird eine unserer Hauptaufgaben darin bestehen, gegen die Ursachen für diese Diskrepanzen vorzugehen.“

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Ungarn: Abstimmung über EntschlieÙung zur Lage der Grundrechte

Zum Abschluss der Debatte über die Lage der Grundrechte in Ungarn, die bereits auf der vergangenen Plenarsitzung im April begonnen wurde, stimmen die Abgeordneten diese Woche in StraÙburg über eine Resolution zu dem Thema ab.

Die Abgeordneten haben im April über das neue Hochschulgesetz in Ungarn debattiert, das nach ihrer Auffassung darauf abzielt, die Central European University (CEU) in Budapest zu schädigen. Andere Themen der Debatte waren das geplante Gesetz zur Verschärfung der Vorschriften für Nichtregierungsorganisationen, ein kürzlich verabschiedetes Gesetz zur automatischen Inhaftierung von Asylsuchenden sowie eine

Umfrage der Regierung mit dem Titel „Stoppen wir Brüssel!“. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sowie der Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans hatten an der Debatte teilgenommen. Über die eingereichte Resolution wird am 17. Mai 2017 im Plenum abgestimmt.

[Mehr Informationen](#)

Online-Filme und -Fernsehen auch im Ausland schauen

Neue Regeln sollen EU-BürgerInnen mit Abonnements für Online-Filme und -Fernsehserien auch bei vorübergehenden Aufenthalten im EU-Ausland den Zugriff auf diese Inhalte erlauben.

Die Regeln stehen am 17. Mai 2017 im Plenum zur Debatte und am 18. Mai 2017 zur Abstimmung. EU-BürgerInnen, die ein anderes EU-Land besuchen, werden dort oft daran gehindert, auf Online-Inhalte wie Filme, Fernsehserien, Musik, Spiele oder Sportveranstaltungen zuzugreifen, für die sie in ihrem Heimatland Abonnementgebühren bezahlen. Die neuen Regeln, die im Februar 2017 von den Verhandlungsführern des Parlaments und des Rates informell vereinbart wurden, werden diese

Beschränkungen beseitigen, damit die EU-BürgerInnen auch bei Ferien-, Studien- oder Geschäftsaufenthalten im EU-Ausland Filme schauen, Musik hören oder Spiele spielen können. Diese Regeln werden nur für kostenpflichtige Dienste wie Netflix, HBO Go, Amazon Prime, Spotify, Deezer usw. gelten. Aber auch Anbieter von kostenlosen Dienstleistungen werden die Möglichkeit haben, ihre Inhalte EU-weit übertragbar zu machen.

[Mehr Informationen](#)



Straßenverkehrspaket: Förderung von Innovation, Senkung von CO2-Emissionen

Die Abgeordneten fordern die EU-Kommission auf, im geplanten Straßenverkehrspaket Vorschläge zur Förderung der technologischen Entwicklung, zur Verbesserung der sozialen Bedingungen und zur Senkung der CO2-Emissionen aufzunehmen.

In einer EntschlieÙung, die am 18. Mai 2017 im Plenum zur Abstimmung steht, verlangen die Abgeordneten ehrgeizige Normen für Lkw und Busse, um deren CO2-Emissionen zu senken. Des Weiteren fordern sie Maßnahmen zur Durchsetzung des Verursacherprinzips, zur Abschaffung von „Briefkasten“-Firmen und Vorschriften für das vernetzte und automatisierte Fahren, klarere

Regeln zu Kabotage-Dienstleistungen und Vorschriften zu Lenk- und Ruhezeiten. Die EU-Kommission wird den ersten Teil des Straßenverkehrspakets voraussichtlich am 31. Mai 2017 vorstellen. Die Debatte zu dieser Abstimmung findet am 17. Mai 2017 statt.

[Mehr Informationen](#)

Forderung nach Stopp von Genmais

Die Abgeordneten lehnen das Vorhaben der EU-Kommission ab, Importe von Erzeugnissen aus Mais und Baumwolle zuzulassen, die gentechnisch verändert wurden, um sie widerstandsfähig gegen Pflanzengifte zu machen.

Dies bringen sie in den beiden EntschlieÙungen, die am 17. Mai 2017 zur Abstimmung stehen, zum Ausdruck und unterstreichen darin die Bedenken von Mitgliedstaaten sowie unabhängigen ForscherInnen. Sie wiederholen außerdem die Forderung des Parlaments, das Verfahren zur Genehmigung von Erzeugnissen, die genetisch veränderte Organismen (GVO) enthalten, gründlich zu überarbeiten. Im Oktober 2015 haben die Abgeordneten bereits einen Gesetzesvorschlag abgelehnt, der einzelnen EU-Mitgliedstaaten erlaubt

hätte, in ihrem Hoheitsgebiet den Verkauf und die Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel – die von der EU genehmigt sind – zu verbieten oder einzuschränken. Sie befürchten, die neuen Regeln könnten schlicht nicht durchsetzbar sein und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen Pro- und Anti-GVO-Ländern zur Folge haben. Sie fordern die EU-Kommission auf, einen neuen Gesetzesvorschlag zu machen.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Vorbereitung des Rates auf die Junitagung des Europäischen Rates

Der Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ hat am 16. Mai 2017 mit den Vorbereitungen für die Junitagung des Europäischen Rates begonnen.

Bei dieser Tagung im Juni werden die EU-Staats- und Regierungschefs über die Themen Migration, Sicherheit und Verteidigung, Arbeitsplätze, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Außenbeziehungen diskutieren. Der Rat hat des Weiteren die Umsetzung früherer Schlussfolgerungen des Europäischen Rates

bewertet und sich von der Kommission über die Planung für ihr weiteres Vorgehen in Bezug auf das Weißbuch über die Zukunft der EU unterrichten lassen. Von der Kommission wurden die Minister außerdem über die Lage in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit in Polen informiert.

[Mehr Informationen](#)

Rat berät über die Prinzipien Verantwortlichkeit und Solidarität der Union

Am Donnerstag, den 18. Mai 2017 tagt der Rat „Justiz und Inneres“.

Er wird in dieser Tagung eine Bestandsaufnahme der Arbeiten zur tatsächlichen Anwendung der Grundsätze der Verantwortlichkeit und der Solidarität in der EU vornehmen. Ferner wird er voraussichtlich Schlussfolgerungen zur Festlegung der EU-

Prioritäten für die Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität in den Jahren 2018-2021 annehmen. Es werden außerdem die Themen Terrorismusbekämpfung und externe Migrationsaspekte diskutiert werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Der 21. Mai wird zum offiziellen europäischen Tag „Natura 2000“

EU-Umweltkommissar Karmenu Vella hat am 15. Mai 2017 gemeinsam mit VertreterInnen des Europäischen Parlaments, des Ausschusses der Regionen und der maltesischen EU-Ratspräsidentschaft eine Erklärung unterzeichnet, die den 21. Mai zum "Europäischen Natura 2000 Tag" ernennt.

Ab kommendem Sonntag wird dieser Tag alljährlich überall in Europa begangen. Bereits in diesem Jahr finden in ganz Europa eine Vielzahl an Veranstaltungen und Möglichkeiten zum Austausch statt. EU-Umweltkommissar Karmenu Vella bezeichnete die Natura 2000 Naturschutzgebiete als eine der größten Errungenschaften der EU: Ein Netzwerk von 27.000 geschützten Orten, die insgesamt mehr als 1 Million Quadratkilometer über Land und Meer schützen. Natura 2000 ist ein umfassendes Netz aus Gebieten in der EU, mit dem alle wichtigen Lebensräume und gefährdete Arten geschützt werden sollen. Den Rahmen dafür bilden die beiden Naturschutzrichtlinien der EU: die

Vogelschutzrichtlinie und Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie. In Österreich gibt es mehr als 230 Gebiete, die etwa 15% der Gesamtfläche Österreichs ausmachen. Darunter befinden sich unter anderem die Donauauen, die Wachau, das Ötscher-Gebiet, der Neusiedlersee und das steirische Dachsteinplateau. Im Westen Österreichs zählen dazu unter anderem das Karwendel, die Klostertaler Bergwälder und das Lechtal. Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass derzeit ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Republik Österreich wegen der Nachnominierung potenzieller weiterer Natura 2000 Gebiete in einigen Bundesländern behängt.

[Mehr Information](#)

Digitaler Binnenmarkt: Kommission ruft zur Annahme der wichtigsten Vorschläge auf

Zur Hälfte ihrer Amtszeit hat die Europäische Kommission Bilanz gezogen, wie ihre Strategie zum digitalen Binnenmarkt bisher in der EU umgesetzt wurde und skizziert weitere Maßnahmen in Bezug auf Online-Plattformen, Datenwirtschaft und Cybersicherheit. Sie fordert weiters die Gesetzgeber auf, die Annahme aller bereits vorgelegten Vorschläge zügig voranzutreiben.

Seit Mai 2015 hat die Europäische Kommission entsprechend den Ankündigungen in ihrer Strategie für einen digitalen Binnenmarkt 35 Legislativvorschläge und politische Initiativen präsentiert. Nun geht es vorrangig darum, eine politische Einigung mit dem Europäischen Parlament und dem Rat über alle Vorschläge zu erzielen. Dies vor allem über die überarbeiteten EU-Telekommunikationsvorschriften, von denen ein Investitionsschub für sehr schnelle und hochwertige Netze erwartet wird und die für die volle Entfaltung der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft von besonderer Bedeutung

sind. In ihrer vorgelegten Mitteilung zur Halbzeitbewertung nennt die Kommission drei Hauptbereiche, in denen weitere Maßnahmen auf EU-Ebene erforderlich sind: 1) Ausschöpfung des vollen Potenzials der europäischen Datenwirtschaft, 2) Schutz europäischer Interessen und Werte durch die Bewältigung der Herausforderungen im Bereich der Cybersicherheit und 3) Förderung der Online-Plattformen als verantwortungsvolle Akteure in einem fairen Ökosystem des Internets.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Österreich und die europäische Integration – Wirtschaftliche Aspekte

Einer neuen Studie der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik zufolge liegen die wirtschaftlichen Vorteile der Mitgliedschaft in der EU für Österreich vor allem in den positiven Wachstumseffekten und im entsprechenden Ansteigen der Gesamtbeschäftigung.

Die gemeinsamen Krisenbekämpfungsmaßnahmen aller EU-Mitgliedstaaten haben die Stabilität des österreichischen Bankensystems und damit der österreichischen Volkswirtschaft erhöht. Der österreichische Nettobeitrag in das EU-Budget von 0,4 % des österreichischen BIP ist im Verhältnis zu den errechneten positiven Wachstumseffekten durch die EU-Mitgliedschaft vergleichsweise gering. Nach einer Studie (Berger et al., 2014) ist das

jährliche reale BIP-Wachstum aufgrund des EU-Beitritts um 0,6 Prozentpunkte und die Beschäftigung jährlich um rund 16.000 Personen gestiegen. Zudem ist die Arbeitslosenquote um rund 0,6 Prozentpunkte gesunken. Allerdings muss auch davon ausgegangen werden, dass nicht alle ÖsterreicherInnen im gleichen Ausmaß von der EU-Mitgliedschaft profitierten.

[Mehr Informationen](#)

Eurobarometer: EU-Bürger wünschen mehr Maßnahmen der EU beim Thema Migration

Aufgrund der großen Migrationsströme der letzten Jahre steht das Thema Migration auf der EU-

Aufgrund der großen Migrationsströme der letzten Jahre steht das Thema Migration auf der EU-Agenda ganz oben. Seit 2015 hat die EU diverse Maßnahmen ergriffen, um die Migrationskrise zu bewältigen und das Asylsystem zu verbessern. Laut einer Eurobarometer-Umfrage wollen 73 % der EU-BürgerInnen, dass die EU hier noch stärker tätig wird. 58 % denken, dass die EU-Maßnahmen unzureichend sind. Das sind um 8 % weniger als 2016. Eine dieser Maßnahmen, die bereits ergriffen wurden, ist die Annahme eines Vorschlag des Europäischen Parlaments im Dezember 2016 zur Stärkung des derzeitigen Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen. Dieses soll in eine vollumfängliche EU-Asylagentur umgewandelt werden und die nachhaltige und faire Verteilung von AsylwerberInnen sicherstellen. Die Agentur soll außerdem mit

den notwendigen Mitteln ausgestattet werden, um die Mitgliedstaaten in Krisensituationen zu unterstützen und soll kontrollieren, wie die nationalen Behörden die EU-Regeln umsetzen. Derzeit finden die Verhandlungen zwischen Parlament, Ministerrat und Kommission statt. Eine weitere Initiative der EU ist der Berichtsentwurf des Parlaments für die Dublin-Reform, der im März 2017 im Innenausschuss vorgestellt wurde. Das Dublin-System regelt die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten für Asylanträge. Ziel der Reform ist, die Schwächen des derzeitigen Systems auszugleichen und es gerechter, effizienter und dauerhafter zu machen. Derzeit werden die Änderungsanträge vorbereitet. Der entsprechende Bericht ist im April vom Innenausschuss gebilligt worden.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäischer Rechnungshof: Die Bekämpfung der EU-Jugendarbeitslosigkeit braucht einen ganzheitlichen Ansatz

Am 10. Mai 2017 fand im Europäischen Parlament die Konferenz „Jugendbeschäftigung - Herausforderungen und Lösungsfindung“ des Europäischen Rechnungshofes statt.

Frau Iwanowa, ein Mitglied des Rechnungshofs erklärte, dass junge Menschen in vielen EU-Ländern ernsthafte Schwierigkeiten hätten einen Job zu finden und sagte, dass die Jugendgarantie in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle spielen würde, aber kein Allheilmittel sein könne. Die Jugendgarantie ist die Zusage aller EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten, dass alle Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Beschäftigungsangebot, Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum erhalten. „Diese komplexe Problematik braucht einen ganzheitlichen Ansatz“, betonte sie und erklärte, dass „die Entscheidungsträger dafür sorgen müssten,

dass keine Erwartungen erzeugt werden würden, die nicht erfüllt werden könnten.“ Die Konferenz wurde vom Präsidenten des Europäischen Rechnungshofs, Klaus-Heiner Lehne, eröffnet, welcher festhielt, dass die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für die junge Generation eine der größten Herausforderungen der EU sei. Er wies darauf hin, dass sie die Art und Weise, wie die Union von ihren BürgerInnen in der Zukunft gesehen wurde, prägen würde. „Wir müssen dafür sorgen, dass die Union den jungen EuropäerInnen eine Perspektive gibt, ihr Leben darauf zu stützen - dass die Union ihre Perspektive ist“, fügte Herr Lehne hinzu.

[Mehr Informationen](#)



Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Empfehlung zu Schlüsselkompetenzen 2017](#)

Allgemeine und berufliche Bildung
22. Februar 2017 – 19. Mai 2017

[Öffentliche Konsultation zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln](#)

Grenzen und Sicherheit, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung
1. März 2017 – 24. Mai 2017

[Konsultation zur Bewertung der Verordnung 258/2012 über die Regelung und Genehmigung der Aus-, Ein- und Durchfuhr von Feuerwaffen sowie deren Teilen und Komponenten](#)

Binnenmarkt, Grenzen und Sicherheit, Zoll, Handel
1 März 2017 - 24 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation zu einer möglichen EU-Initiative zu den Fahrgastrechten im multimodalen Verkehr](#)

Verkehr
23 Februar 2017 - 25 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation zum „Schutz von Hinweisgebern \(Whistleblower\)“](#)

Landwirtschaft, Kultur und Medien, Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Beschäftigung und Soziales, Energie, Bank- und Finanzwesen, Unternehmen und Industrie, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Betrugsbekämpfung, Lebensmittelsicherheit, Zoll, Steuern
3 März 2017 - 29 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation über das Funktionieren der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden und die Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer](#)

Steuern
2 März 2017 - 31 Mai 2017

[EU-Initiative zu Beschränkungen für Barzahlungen](#)

Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Binnenmarkt, Grenzen und Sicherheit, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Steuern
28 Februar 2017 - 31 Mai 2017

[Öffentliche Konsultation zu Erasmus und Vorgängerprogrammen](#)

Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend
28 Februar 2017 - 31 Mai 2017

[Offene öffentliche Konsultation zur REFIT-Bewertung der EU-Rechtsvorschriften über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben für Lebensmittel](#)

Lebensmittelsicherheit, Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Handel, Forschung und Innovation
2 März 2017 - 1 Juni 2017



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Energie			
Reduzierung der Treibhausgasemission, Elektrizitätsnetzwerke, Gasnetzwerke, Heizungsnetzwerke, Solarenergie, Windenergie	COMPETITIVE LOW-CARBON ENERGY*	14/02/2017 - 07/09/2017	€ 420.000.000
Energieverbrauch, ICT-Based Solutions	ENGAGING PRIVATE CONSUMERS TOWARDS SUSTAINABLE ENERGY	07/06/2017	€ 105.000.000
Ecodesign, erneuerbare Energie, Öffentlicher Sektor, Energieeffizienz, Mobilität, Energiewende	ENGAGING AND ACTIVATING PUBLIC AUTHORITIES	07/06/2017	€ 7.000.000
Ökologische Nachhaltigkeit, REACH, Ecodesign, innovative Businessmodelle	OVERCOMING MARKET BARRIERS AND PROMOTING DEEP RENOVATION OF BUILDINGS	07/06/2017	€ 8.000.000
Training, Energieeinsparung, Energieeffizienz, Erneuerbare Energie	CONSTRUCTION SKILLS	07/06/2017	€ 8.000.000
Energieeffizienz, Finanzierungsinstrumente, nachhaltige Energie	MAKING THE ENERGY EFFICIENCY MARKET INVESTIBLE	07/06/2017	€ 8.000.000
Nachhaltige Energie, Energieeffizienz, innovative Technologien	PROJECT DEVELOPMENT ASSISTANCE	07/06/2017	€ 8.000.000
Eco-design, Energieeffizienz, Labelling	EFFECTIVE IMPLEMENTATION OF EU PRODUCT EFFICIENCY LEGISLATION	07/06/2017	€ 11.000.000
Energieeinsparung, Wohnungssektor, Emission, nachhaltige Unternehmen	IMPROVING THE PERFORMANCE OF INEFFICIENT DISTRICT HEATING NETWORK	07/06/2017	€ 4.000.000
Energieeffizienz	INCREASING CAPACITIES FOR ACTUAL IMPLEMENTATION OF ENERGY EFFICIENCY MEASURES IN INDUSTRY AND SERVICES	07/06/2017	€ 11.000.000
Energieeinsparung, Energieeffizienz, Erneuerbare Energie, Zusammenarbeit, Unternehmen	ENERGY EFFICIENCY OF INDUSTRIAL PARKS THROUGH ENERGY COOPERATION AND MUTUALISED ENERGY SERVICES	07/06/2017	€ 11.000.000
Öffentliches Auftragswesen, Energieeffizienz	PUBLIC PROCUREMENT OF INNOVATIVE SOLUTIONS FOR ENERGY EFFICIENCY	07/06/2017	€ 4.000.000
Finanzierungssysteme, Energieeffizienz, Crowd-Funding, Renovierungen	INNOVATIVE FINANCING SCHEMES	07/06/2017	€ 8.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Katharina Deutschmann

Abbildungsverzeichnis

<https://i0.wp.com/finanztipps.cc/wp-content/uploads/2014/07/Chart-symbolisiert-stetiges-Wachstum-e1404418538103.jpg?fit=845%2C634>

<http://www.rri.ro/files/Actualitate/ue-steag-950.png>